

Fragen

**für die Fragestunde der 37. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 1. Juni 2006**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln)	36, 37	Lötzer, Ulla (DIE LINKE.)	8, 9
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	6, 33
Deligöz, Ekin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2	Mücke, Jan (FDP)	23, 24
Fischer, Axel E. (Karlsruhe-Land)	13, 14	Nachtwei, Winfried	16, 17
(CDU/CSU)		(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Günther, Joachim (Plauen) (FDP)	29, 30	Pau, Petra (DIE LINKE.)	42, 43
Haustein, Heinz-Peter (FDP)	31, 32	Rohde, Jörg (FDP)	20, 21
Haßelmann, Britta	18, 19	Scharfenberg, Elisabeth	25, 26
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Hettlich, Peter	7, 22	Dr. Stinner, Rainer (FDP)	15
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Ströbele, Hans-Christian	38, 39
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	5, 12	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Höger-Neuling, Inge (DIE LINKE.)	10, 11	Ulrich, Alexander (DIE LINKE.)	34, 35
Dr. Keskin, Hakki (DIE LINKE.)	40, 41	Winkler, Josef Philip	27, 28
Kopp, Gudrun (FDP)	3, 4	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	10
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	12

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordnete
Ekin Deligöz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Kosten hat die Durchführung des Ersten Deutschen Familientages am 15. Mai 2006 in Berlin verursacht, und wer kommt für diese auf?

2. Abgeordnete
Ekin Deligöz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Was hat die Bundesregierung auf dem von ihr veranstalteten Ersten Deutschen Familientag gegen die dortige Verbreitung einer von der Frauen Union der CDU Deutschland ausgelegten Publikation unternommen, in der der Eindruck erweckt wird, das Elterngeld sei bereits ein gesetzliches Regelwerk, ohne dass bislang ein Gesetzentwurf öffentlich vorliegt oder gar im Deutschen Bundestag debattiert worden ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

3. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(FDP)
Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Wissenschaftsrates, der in seiner „Wissenschaftspolitische(n) Stellungnahme zum Bundesamt für Strahlenschutz (BfS)“ vom 19. Mai 2006 zu dem Ergebnis kommt, dass in der Vergangenheit bei der Berufung der Amtsleitung wohl nicht hinreichend auf die wissenschaftliche Kompetenz der Kandidaten geachtet wurde?

4. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(FDP)
Auf welche Weise stellt die Bundesregierung sicher, dass der gesetzlich formulierte Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz, auch eigene Forschungen auf dem Gebiet des Strahlenschutzes und in der Kerntechnik durchzuführen, erfüllt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

5. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)
- Inwieweit erwägt die Bundesregierung die Verankerung der Gebührenfreiheit der Bildung im Grundgesetz, um ihren im Rahmen des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte eingegangenen Verpflichtungen zu entsprechen (siehe dazu Artikel 13, wo das Ziel einer „allmählichen Einführung der Unentgeltlichkeit der Hochschulbildung“ genannt ist)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

6. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Wie viele Personen sind damit beschäftigt, Umsatzsteuerbetrug aufzudecken, und wie hoch ist der jährliche finanzielle Aufwand für die Erfüllung dieser Aufgabe?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

7. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung qualitativ und quantitativ die Werftenkapazitäten in Deutschland, die für Neubauten und Modernisierungsmaßnahmen der Binnenschifffahrt erforderlich wären?*)
8. Abgeordnete
Ulla Lötzer
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Verhandlungsziele und Änderungsvorschläge hat die Bundesregierung auf der Sitzung des Wettbewerbsrates am 29. und 30. Mai 2006 in den Verhandlungen zum geänderten Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt verfolgt bzw. vorgelegt?

*) Siehe hierzu auch Frage 22.

9. Abgeordnete
**Ulla
Lötzer**
(DIE LINKE.)
- Wie hat die Bundesregierung dabei im Einzelnen die Forderungen des Bundesrates aus seiner aktuellen Entschließung (Bundsratsdrucksache 325/06) berücksichtigt, die sich auf Ausnahmen vom Anwendungsbereich der Richtlinie, die Daseinsvorsorge, das Subsidiaritätsprinzip, die „Entscheidungsfreiheit der nationalen Gesetzgeber“ und weitere konkrete Änderungswünsche beziehen?
10. Abgeordnete
**Inge
Höger-Neuling**
(DIE LINKE.)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung gegenüber der Forderung des Bundesrates aus seiner aktuellen Entschließung (Bundsratsdrucksache 325/06) zur EU-Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt, Leistungen der Pflege und Rehabilitation explizit vom Anwendungsbereich der Richtlinie auszunehmen, insbesondere auch in den Verhandlungen des Wettbewerbsrates?
11. Abgeordnete
**Inge
Höger-Neuling**
(DIE LINKE.)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung gegenüber der Forderung des Bundesrates aus seiner aktuellen Entschließung (Bundsratsdrucksache 325/06) zur EU-Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt, soziale Dienstleistungen vollumfänglich und demnach auch ohne Einschränkung auf das Kriterium der Bedürftigkeit aus dem Geltungsbereich der Richtlinie auszunehmen, insbesondere auch in den Verhandlungen des Wettbewerbsrates?
12. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
- Wie hat die Bundesregierung auf der Sitzung des Wettbewerbsrates am 29. und 30. Mai 2006 bei den Verhandlungen zur Dienstleistungsrichtlinie darauf hingewirkt, dass die bestehenden Unklarheiten in der Abgrenzung zwischen privater und öffentlicher Bildung ausgeräumt werden, beispielsweise indem sichergestellt wurde, dass die Mitgliedstaaten festlegen können, was Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sind, wie es unter anderem von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gefordert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

13. Abgeordneter
Axel E. Fischer
(Karlsruhe-Land)
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten bestehen aus Sicht der Bundesregierung, im Falle unvorhergesehener Entwicklungen in der Demokratischen Republik Kongo gegebenenfalls die deutsche Militärpräsenz zu verstärken, und wie viele Soldaten könnten für welchen Zeitraum maximal dort eingesetzt werden?
14. Abgeordneter
Axel E. Fischer
(Karlsruhe-Land)
(CDU/CSU)
- Wie teuer wird aus Sicht der Bundesregierung der derzeit geplante deutsche Militäreinsatz in der Demokratischen Republik Kongo, und welche finanziellen Mittel sind an welcher Stelle im Bundeshaushalt 2006 bisher zur Finanzierung eingestellt?
15. Abgeordneter
Dr. Rainer Stinner
(FDP)
- Warum ist das Bundesministerium der Verteidigung seit mehr als vier Monaten nicht in der Lage – entgegen der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung, Dr. Friedbert Pflüger, vom 18. April 2006 auf meine schriftliche Frage 27 auf Bundestagsdrucksache 16/1268 „Insgesamt kann für das Bundesministerium der Verteidigung die militärische Befehlsgebung in multinationalen Verbänden und Stäben jederzeit nachvollzogen werden“ –, zu einem endgültigen Ermittlungsstand zu kommen, ob in einem bestimmten Fall eine multinationale Befehlsgebung stattgefunden hat oder nicht (siehe Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung, Dr. Friedbert Pflüger, vom 18. Mai 2006 auf meine schriftliche Frage „Befehlsgebung in multinationalen Verbänden und Stäben“), und liegt ein Zeitraum von über vier Monaten nach Ansicht der Bundesregierung noch innerhalb eines mit „jederzeit“ zu bezeichnenden Zeitrahmens?
16. Abgeordneter
Winfried Nachtwei
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, – trotz wiederholter expliziter Bitten von Seiten der Abgeordneten – bislang den Entwurf des Weißbuchs zur Sicherheitspolitik den Oppositionsfraktionen des Deutschen Bundestages und der Öffentlichkeit noch nicht vorgelegt, und wie ist dies mit der Tatsache in Übereinstimmung zu bringen, dass der Bundesminister wiederholt eine breite sicherheitspolitische Debatte anmahnt, bei Nachfragen zu seinen öffentlichen Stellungnahmen – z. B. hinsichtlich der Änderung des Verteidigungsbegriffs und des Bundeswehreinsatzes im Innern –

auf das vertrauliche Weißbuch verweist und das Weißbuch bislang nur Pressevertretern, den beteiligten Ressorts und den Koalitionsfraktionen vorliegt, nicht aber der Opposition und der Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben wird?

17. Abgeordneter
**Winfried
Nachtwei**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit und in welchen konkreten Punkten unterscheidet sich das Weißbuch zur Sicherheitspolitik von den vorliegenden Verteidigungspolitischen Richtlinien und der Europäischen Sicherheitsstrategie, und inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass das Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik ein kohärentes, umfassendes, ressortübergreifendes und nicht auf militärische Aufgaben und Fähigkeiten reduziertes Grundsatzdokument sein muss, das den Primat ziviler Instrumente und Fähigkeiten widerspiegelt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

18. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, Ergebnisse des Runden Tisches Pflege, der am 12. September 2005 seine Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Arbeitsgruppen präsentierte, umzusetzen, oder hat sie bereits damit begonnen?
19. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung zu den Ergebnissen des Runden Tisches Pflege, zum Beispiel bei der Frage nach der Selbstverpflichtung aller Beteiligten, wenn es um die Einhaltung der Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen geht?
20. Abgeordneter
**Jörg
Rohde**
(FDP)
- Welches Potential misst die Bundesregierung medizinischer Rehabilitation zur Vermeidung dauerhafter Pflegebedürftigkeit bei und welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um gemäß dem Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 den Vorrang medizinischer Rehabilitation vor der Pflege von pflegebedürftigen, alten und behinderten Menschen zu stärken?

21. Abgeordneter
Jörg Rohde
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass derzeit für Krankenkassen ein Anreiz besteht, Leistungen auf die Pflegeversicherung zu verlagern, und wenn ja, in welcher Form wird die Bundesregierung dieser Situation bei der Reform der Krankenversicherung und der Reform der Pflegeversicherung Rechnung tragen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

22. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Förderprogramme mit welchen Zielsetzungen und Fördervolumina sind vorgesehen, um die Binnenschifffahrt unter deutscher Flagge zu erhalten und die Flotte zu modernisieren?*)
23. Abgeordneter
Jan Mücke
(FDP)
- Hat die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, die auf eine Beschleunigung der Nachbesserungsarbeiten im Dölzschener Autobahntunnel (Bundesautobahn 17), die bislang mit größtenteils nur einem einzigen Streckenarbeiter ausgeführt werden und so zu massiven Beeinträchtigungen des gesamten Verkehrs in die Tschechische Republik über mehrere Wochen hinweg führen, hinwirken?
24. Abgeordneter
Jan Mücke
(FDP)
- Welche Umstände führten dazu, dass in westlicher Fahrtrichtung des Dölzschener Autobahntunnels umfangreiche Nachbesserungen notwendig sind, obwohl erst im vergangenen Herbst Nachbesserungsarbeiten an gleicher Stelle ausgeführt wurden?
25. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat Bundesminister Wolfgang Tiefensee auf den Brief des Sächsisch-Bayerischen Städtenetzes vom 28. Februar 2006, in dem nach der Zukunft der Sachsen-Franken-Magistrale, d. h. der Eisenbahnlinie Nürnberg–Hof–Plauen–Zwickau–Chemnitz–Dresden, gefragt wird, bis heute nicht geantwortet, und wann ist mit einer Beantwortung zu rechnen?

*) Siehe hierzu auch Frage 7.

26. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, mit dem Sächsisch-Bayerischen Städtenetz zusammenzuarbeiten und sein Anliegen zu berücksichtigen?
27. Abgeordneter
Josef Philip Winkler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, dass es keine gesetzliche Grundlage für die Lärmsanierung durch Lärmschutzmaßnahmen ausschließlich an bestehenden und im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes baulich nicht wesentlich geänderten Schienenwegen gibt und daher für bestehende Schienenwege keine gesetzlichen Immissionsgrenzwerte festgelegt sind?
28. Abgeordneter
Josef Philip Winkler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, wie sie die DB Netz AG im Schreiben vom 19. April 2006 an den Oberbürgermeister der Stadt Lahnstein, Peter Labonte, vertritt, dass Geschwindigkeitsreduzierungen aus Gründen des Schallschutzes das Ziel, mehr Verkehr auf die Schiene zu verlagern, konterkarieren würden, da sie die Leistungsfähigkeit und Kapazität des Streckennetzes herabsetzen würden, und teilt die Bundesregierung deshalb die Auffassung, dass eine Geschwindigkeitsreduzierung aus Gründen des Schallschutzes, wie auf der Lahnbrücke auf der Strecke Wiesbaden (Ost)–Niederlahnstein gefordert, nicht dem allgemeinen öffentlichen Interesse entspricht?
29. Abgeordneter
Joachim Günther (Plauen)
(FDP)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung, dass in Ausschreibungen der öffentlichen Hand seit einiger Zeit Leistungen ausgeschrieben werden, die Herstellerbindung haben, obwohl nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) bestimmte Erzeugnisse oder Verfahren sowie bestimmte Ursprungsorte und Bezugsquellen nur dann ausdrücklich vorgeschrieben werden dürfen, wenn dies durch die Art der geforderten Leistung gerechtfertigt ist?
30. Abgeordneter
Joachim Günther (Plauen)
(FDP)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, damit in Zukunft Lieferungen und Leistungen nur noch produktneutral ausgeschrieben werden, um einen Wettbewerb zuzulassen?

31. Abgeordneter
**Heinz-Peter
Haustein**
(FDP)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass größtenteils Aufträge nur an den billigsten Bieter und nicht an den Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot vergeben werden, obwohl genau das die VOB vorsieht, und wenn ja, warum?
32. Abgeordneter
**Heinz-Peter
Haustein**
(FDP)
- Was wird die Bundesregierung gegebenenfalls unternehmen, damit diejenigen Auftraggeber, die nur Aufträge an den billigsten und nicht an den Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot vergeben, für die später auftretenden Mehrkosten belangt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

33. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzsch**
(DIE LINKE.)
- Wie viele Personen sind mit der Überwachung und Kontrolle von Arbeitslosengeld-II-Empfängern beschäftigt, mit dem Ziel, Leistungsmissbrauch aufzudecken, und wie hoch ist der jährliche finanzielle Aufwand für die Erfüllung dieser Aufgabe?
34. Abgeordneter
**Alexander
Ulrich**
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorgang, dass die EU-Kommission in ihren Leitlinien für die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (KOM (2006) 159) genau diejenigen nationalen Kontrollmöglichkeiten gegenüber Lohn- und Sozialdumping, wie z. B. die Anforderung einer Vorbeschäftigung von Drittstaatsangehörigen oder die Vorhaltung einer zustellfähigen Adresse im Tätigkeitsland, wieder einschränken möchte, die das Europäische Parlament und auch die EU-Kommission aus der geänderten Fassung der Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt gestrichen hatte?
35. Abgeordneter
**Alexander
Ulrich**
(DIE LINKE.)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung hinsichtlich der Kritik von Gewerkschaften, dass mit der gegenwärtigen Fassung des Artikels 1 Abs. 6 im geänderten Vorschlag der EU-Kommission zur Dienstleistungsrichtlinie nicht gewährleistet ist, dass gewerkschaftliche Rechte, Arbeitskampfmaßnahmen und das kollektive Arbeitsrecht nicht von der Richtlinie berührt werden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

36. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die aktuelle Situation von Lesben und Schwulen in Russland und Polen vor dem Hintergrund aktueller Verbotsverfügungen gegen die dortigen Lesben- und Schwulenparaden?
37. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Form hat die Bundesregierung den Regierungen von Polen und Russland im Hinblick auf die Europäischen Menschenrechtskonvention deutlich gemacht, dass Demonstrationen von Lesben und Schwulen grundsätzlich zuzulassen sind und ggf. gegen gewalttätige Übergriffe von Rechtsradikalen oder religiösen Fundamentalisten zu schützen sind?
38. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass angesichts wachsender Spannungen in der Demokratischen Republik Kongo die dortige Katholische Bischofskonferenz (CENCO), Erzbischof Laurent Monsengwo, Präsident Dr. Etienne Tshisekedi der Oppositionspartei UDPS, die Chefs Jean-Pierre Bemba und Azarias Riberwa der beiden größten ehemaligen Rebellenbewegungen sowie andere politische Parteien fordern, bis zum 30. Juni 2006 die für den Fall solcher Entwicklung vom „Internationalen Komitee zur Begleitung des Übergangsprozesses“ (CIAT) vorgesehene politische Dialoggruppe einzuberufen, und ist die Bundesregierung bereit, zur Unterstützung dieser Forderung unverzüglich durch die deutsche Botschaft in Kinshasa sowie in allen zuständigen internationalen Gremien eine diesbezügliche Initiative zu ergreifen und zu fördern?
39. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass der bevorstehende Wahlprozess in der Demokratischen Republik Kongo insgesamt in Frage gestellt ist, weil mit der Präsidenten- und Parlamentswahl bisher nur der erste Wahlgang terminiert wurde statt auch der zweite (Präsidentenstich-, Gouverneurs- und Provinzparlamentswahl), und wird die Bundesregierung die Beteiligung der Bundeswehr an einer EU-Militärmission in der Demokratischen Republik Kongo davon abhängig machen, dass der gesamte Wahlprozess festgelegt, vorbereitet sowie durch die einzusetzende CIAT-Dialoggruppe unterstützt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

40. Abgeordneter
Dr. Hakki Keskin
(DIE LINKE.)
- Mit welchen konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, auf die im aktuellen Verfassungsschutzbericht dokumentierte Zunahme rechts-extremistischer Gewalttaten zu reagieren (vgl. Verfassungsschutzbericht 2005, S. 25 ff.)?
41. Abgeordneter
Dr. Hakki Keskin
(DIE LINKE.)
- Was gedenkt die Bundesregierung konkret zu unternehmen, um vorhandene so genannte national befreite Zonen zu beseitigen und deren weitere Ausbreitung zu verhindern?
42. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Worin sieht die Bundesregierung (Verfassungsschutzbericht 2005, S. 175, 176) nach den § 3 und 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes eindeutige und ausreichende Anhaltspunkte, die die Einstufung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e. V. (VVN/BdA) als linksextreme Organisation rechtfertigen?
43. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Worin sieht die Bundesregierung die Verfassungsfeindlichkeit der VVN/BdA bei ihrem „Kampf gegen angeblichen ‚Geschichtsrevisionismus‘“ begründet, und ist die Bundesregierung nicht der Ansicht, dass man vehement gegen die tatsächliche Leugnung der NS-Verbrechen durch den deutschen Rechtsextremismus vorgehen muss?